

Amts- und Anzeigeblatt

für den

Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

Abonnement
viertelj. 1 M. 20 Pf. einschließl.
des „Illustr. Unterhaltungsbl.“
u. der Humor. Beilage „Seifen-
blasen“ in der Expedition, bei
unsern Boten sowie bei allen
Reichspostanstalten.

Erscheint
wöchentlich drei Mal und zwar
Dienstag, Donnerstag u. Sonn-
abend. Insertionspreis: die
kleinspaltige Zeile 12 Pf. Im
amtlichen Theile die gespaltene
Zeile 30 Pf.

Berantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: E. Hannebohn in Eibenstock.

49. Jahrgang.

N 112.

Sonnabend, den 4. Oktober

1902.

Die zweite Sitzung in der Zolltarifkommission geht rasch zu Ende. Alles drängt zur Entscheidung im Plenum des Reichstages, der am 14. Oktober wieder zusammentritt und wahrscheinlich schon am 15. Oktober die zweite Plenar-Sitzung der Zollvorlage beginnen wird. Die Voraussetzungen für ein Gelingen des ganzen Werks haben sich in der letzten Zeit nicht verbessert, sondern verschlechtert. Die Mehrheit der Kommission blieb nicht nur bei der Erhöhung der Minimashäfe für Getreide über den Entwurf hinaus, sondern beschloß auch, dem Tarifgesetz Mindestsätze für Pferde, Rindvieh, Schweine und Fleisch einzufügen. Dass die verbündeten Regierungen hierauf eingehen könnten, ist nach den Erklärungen ihrer Vertreter vollständig ausgeschlossen. Die Wirkung ist lediglich die, dass die Opposition der Linken dadurch erst recht angefeuert worden ist.

Anfangs schien es, als ob die zweite Sitzung in der Kommission noch lange Zeit in Anspruch nehmen und die Opposition der Freisinnigen und Sozialdemokraten noch lange Debatten hervorrufen würde. Sobald sich jedoch zeigte, dass die Mehrheit der Kommission allen Warnungen zum Trotz bei ihren für die Regierung unannehmbaren agrarischen Mehrforderungen verbleiben würde, hielten es die Freisinnigen und Sozialdemokraten für besser, ihr Pulver für das Plenum aufzuparen. Da sie das Scheitern des Entwurfs betrieben, konnte es ihnen nur willkommen sein, dass durch jene Mehrforderungen eine Verständigung mit der Regierung vereitelt wurde und dass die Opposition der Linken es daher im Plenum mit getrennt marschierenden und in sich uneinigen Anhängern eines höhern Zollschusses, insbesondere für Agrarprodukte, zu thun haben wird. Nur eine Verständigung auf der Grundlage des Entwurfs, bei der Regierung und Reichstags-Mehrheit geschlossen marschieren und schlagen, hätte Aussicht geboten, der von den Sozialdemokraten für das Plenum angekündigten Obstruktionsversuche Herr zu werden.

Die freihändlerischen Organe verzeichnen daher auch mit Vergnügen die Anklage der „Kreuzzeitung“, dass, wenn die agrarischen Sätze des Tarifs nicht angemessen erhöht würden, die konservative Partei in der entscheidenden Abstimmung die Vorlage ganz ablehnen werde. Hierdurch zeigt sich also das Zukunftsbild, dass Konservative und Agrarier zusammen mit den Sozialdemokraten und Freisinnigen eine Vorlage zu Hause bringen werden, die in erster Linie einen besseren Schutz für die Landwirtschaft bewirkt. Dies scheint zwar widerfinngig, ist aber die natürliche Folge der Methode, das Bessere zum Feind des Guten zu machen.

Tagesgeschichte.

— Deutschland. Die britische Annahme tritt in den Neuerungen der Londoner Blätter zu der Nachricht, dass der Kaiser die Burengeneralen vielleicht empfangen würde, wiederum recht deutlich hervor. Derselbe dreiste Ton, den man in London sich angewöhnt hat, sobald über Vorgänge in Deutschland geschrieben wird, die drüben nicht gefallen. Wenn wir von unserem Rechte der Zurückweisung solcher gehässiger Leistungen absehn Gebrauch machen, fragt der ganze Chor über England hege. Im vorliegenden Falle fehlt dabei für irgend eine Beschwerde jedweder Grund. Die Burengeneralen sind in England mit den größten Auszeichnungen behandelt und als englische Unterthanen vom Könige empfangen worden. Warum soll der Herrscher eines anderen Landes ihnen nicht die gleiche Ehre erweisen? Die Generale haben selbst betont, dass sie mit ihrer Reise nach Deutschland nicht entfernt beabsichtigen, Misstrümmer gegen England zu erwecken. Warum in aller Welt hätten die wackeren Männer unter den obwaltenden Umständen also etwas anderes als einen höflichen Empfang verdient? Wenn die englische Presse alsdann darauf hinweisen zu müssen glaubt, dass die Generale als britische Unterthanen nur durch den britischen Botschafter bei St. Maj. dem Kaiser eingeführt werden könnten, so haben wir dagegen garnicht einzuwenden, obgleich uns nicht mehr genau erinnerlich ist, ob Herr Cecil Rhodes ebenfalls vom Botschafter vorgestellt wurde. Von der Londoner Presse haben wir aber zu verlangen, dass sie Deutschland und seinen leitenden Kreisen die Form, wie Gäste zu empfangen bez. zu behandeln sind, selbst überlässt. Eines britischen Lehrmeisters bedürfen wir wahrscheinlich nicht, und wenn es nun aus dem deutschen Walde eine Zeit lang wieder so herausfällt, wie von jenseits des Kanals hineingerauscht wird, so sollen unsere verehrten Herren Bettler sich darüber weder wundern noch beklagen. Ihr Unverständnis kann man eben nichts anderes übrig haben als was sie verdienen.

— Der Besuch der Burengeneralen in Deutschland soll bestimmt am 17. d. Mts. seinen Anfang nehmen.

— Die „Nat.-lib. Post.“ schreibt: Wir haben wiederholt darauf hingewiesen, dass die Gestaltung des Staats für das Reich im nächsten Jahre eine noch weit ungünstigere sein werde, als im laufenden. Es kommt hinzu, dass, wenn noch dem neuen Zuckersteuergesetz zum 1. September 1903 die Verbrauchsabgabe herabgesetzt wird, eine Zahlung der Ausfuhrprämien noch bis sechs Monate später stattfindet. Von einer Inanspruchnahme der Reichsfinanzreform ist, solange die Frage des Zustandekommens des Zolltarifs in der Schwere bleibt, selbstverständlich keine Rede. Dazu, wenn der Zolltarif im Laufe der bevorstehenden

Arbeitsperiode des Reichstags scheitern sollte, alsbald eine neue Aktion zur Vermehrung der eigenen Einnahmen des Reiches unternommen werde, ist nicht wohl anzunehmen. Gegen eine wesentliche Erhöhung der Matrikularbeiträge herrscht in den Einzelstaaten eine begreifliche Abneigung. Unter diesen Umständen muss man damit rechnen, dass das Zustandekommen des nächsten Reichshaushaltsvoranschlages abermals nur durch die Zuhilfenahme einer Anleihe gesichert werden kann.

— Der Marine-Etat wird in der Gestalt, die er im neuen Reichshaushalt-Voranschlag aufweist, vollständig sich in den Grenzen halten, die durch den Rahmen des Flottengegesen gezeigt sind. Es gilt aber nicht für ausgeschlossen, dass im Reichstag eine ziemlich starke Strömung sich geltend macht dafür, im Interesse der Förderung und Neubebauung der heimischen Erwerbsfähigkeit eine Beschleunigung der im Flottenplan vorge sehenen Bauten eintreten zu lassen. Das würde in gleichem Maasse der Industrie und der in ihr beschäftigten Arbeiterschaft wie indirekt auch der Landwirtschaft zugute kommen. Denn je rascher das theilsweise Darniederlegen der Industrie überwunden wird, um so mehr wird auch die Wiedererhöhung der Kaufkraft dieses Theiles der vaterländischen Produktion der Landwirtschaft zugute kommen.

— Das neue Linienschiff „Wettin“ ist am 1. Oktober auf der kaiserlichen Werft in Kiel in Dienst gestellt worden. Nachdem der erste Frontdienst auch für die neuen Linienschiffe „Wittelsbach“ und „Bähringen“ demnächst abgehalten werden wird, bleiben die Wintermonate über von den Schwesterschiffen der Wittelsbach-Klasse noch „Mecklenburg“ (Stettiner Vulkan) und „Schwaben“ (Kaiserliche Werft Wilhelmshaven) auf den Werften in Arbeit. Die „Mecklenburg“ soll im Frühjahr nächsten Jahres abgeliefert werden, „Schwaben“ in den Herbstmonaten 1903 seine Probefahrten aufnehmen. Ende 1903 werden also dann zehn moderne Linienschiffe von gleich starker Armierung und gleichen Gesetzes-Eigenschaften zur Bildung der heimischen Schlachtflotte zur Verfügung stehen.

— Die Freisinnige Volkspartei hat in diesen Tagen in Hamburg ihren Parteitag abgehalten. Es ist eine eigenartige Erscheinung, dass die Versammlung in der ganzen Presse so gut wie keine Beachtung findet. Selbst Blätter freisinniger Richtung können sich für die Hamburger Verhandlungen nicht erwärmen und behandeln sie mit offensiver Gleichgültigkeit. Theilweise mag die Schuld, wie die „Köln.itz.“, das führende rheinische Blatt des gemäßigten Liberalismus, hervorheben, wohl daran liegen, dass der Parteitag in Verleugnung aller freiheitlichen Grundsätze die Daseinlichkeit ausschloss und nur sorgsam destillierte Berichte ausgab. Das ist aber nicht der alleinige Grund, vielmehr glauben wir, dass der Stillstand in der Partei dieser das Interesse weiter Kreise geraubt und dass ihre Volksähnlichkeit unter Eugen Richters Führung schwere Einbuße erlitten hat. Alles was auf dem Parteitag über politische Programme gesprochen wurde, war weder aufregend noch neu, und man wusste schon vorher ganz genau, dass das so kommen werde. Das einzige wirklich Interessante an dem Parteitag ist darin zu finden, dass eine Rede Eugen Richters nahezu wie ein Schwanengesang ausklang.

— Der deutsche Handwerks- und Gewerbeaufmarsch am Montag, der in Leipzig tagte, hat einen bemerkenswerten Beschluss gefasst. Es wird eine Gelehrtenänderung gefordert, wonach die Befugnis zur Anleitung und Haltung von Lehrlingen in Handwerksbetrieben nur solchen Personen zustehen soll, die das 24. Lebensjahr vollendet und in dem Gewerbezweige, in dem die Anleitung und Haltung der Lehrlinge erfolgen soll, die Berechtigung zur Führung des Meistertitels haben.

— Frankreich. In den Nachrichten, die die französische Presse Emile Zola widmet, nehmen je nach den politischen Parteilistungen der Blätter Betrachtungen über die Rolle, die er im Dreyfus-Prozess gespielt hat, einen mehr oder minder breiten Raum ein, wobei ihm von der einen Seite unbegrenzte Bewunderung gezeigt wird, während er von gegnerischer Seite selbstverständlich scharf kritisiert wird. Auch in dieser Frage wird man sich vor Übertreibungen nach der einen oder der anderen Richtung hüten müssen. Unzweifelhaft hat Zola durch seine beredte Anklage gegen die Urheber und Begünstiger der ersten Verurteilung von Dreyfus viel dazu beigetragen, die Bewegung zu Gunsten der Wiederaufnahme des Verfahrens zu fördern. Sein Auftritt im Verlaufe der Dreyfus-Wirren erschien aber nicht immer frei von einer gewissen Affektion, die den Eindruck erweckt, als geste er sich darin, die öffentliche Aufmerksamkeit auf sich zu lenken. Angesichts seines tragischen Endes verdienst immerhin einige Daten aus dieser einzigen Episode seines Lebens, in der er politisch hervorgetreten ist, ins Gedächtnis zurückgerufen zu werden. Es war im Januar 1898, als das Kriegsgericht den berichtigten Colonel Estevaz zum ersten Male freigesprochen hatte. Am 13. desselben Monats veröffentlichte Zola in der „Aurore“ unter dem Titel „J'accuse!“ ein offenes Schreiben an den damaligen Präsidenten der Republik, Faure, in dem er die Kriegsminister Mercier und Villot, die Generale Boisdeffre und Gonse, wie auch die Mitglieder des Kriegsgerichtes und die mit der Beurteilung der Schrift betrauten Sachverständigen der Parteilichkeit und der Ungerechtigkeit anklagte. Deshalb wurde Zola auf Wunsch des Kriegsgerichtes vor das Geschworenengericht gestellt, dass ihn am 23. Februar zu einem Jahre Ge-

fängnis und 3000 Francs Geldstrafe, den Herausgeber der „Aurore“, Clemenceau, aber zu vier Monaten Gefängnis und ebenfalls zu 3000 Francs verurteilte. Der Kassationshof hat am 31. März dieses Urteil aus formellen Gründen auf, weil der Kriegsminister und nicht das Kriegsgericht hätte die Anklage erheben müssen. Im Juli, als Zola wegen Bekleidung der Schreibsäcke verurteilt wurde, wogegen er appellirt, erschien wieder ein offenes Schreiben von ihm, in dem er Frankreich ein der Fäulnis entgegenstehendes Land nennt, das schon die Symptome des Verfalls aufweist. Wegen dieses Briefes wurde ein neuer Prozess gegen ihn angestrengt, mittlerweile fand jedoch am 18. Juli in Paris die neuerliche Verhandlung des ersten Prozesses statt. Der Präsident erklärte die Verhandlung für geheim, worauf Zola mit seinem Verteidiger Labori unter Protest den Saal verließ. Die Geschworenen sprachen Zola und Clemenceau wieder schuldig, worauf das Gericht beide zu je einem Jahr Gefängnis und 3000 Francs verurteilte. Zola verließ nun Frankreich und begab sich nach Italien, von dort aber nach England. Als das Kriegsgericht in Rennes Dreyfus im August 1899 wieder schuldig sprach, bezeichnete Zola in den Spalten der „Aurore“ auch dieses Urteil als ein schmachvolles. Nach der Begnadigung Dreyfus' und nach der Bekündigung der Amnestie kehrte er nach Frankreich zurück. Bald nach der Verurteilung Zolas war die Entdeckung der Fälschungen des Obersten Henry erfolgt, die den Selbstmord des Letzteren herbeiführte. Ohne Zweifel war der Eindruck, den diese Vorkommnisse sowie verschiedene andere zu Gunsten Dreyfus' ins Gewicht fallende Thatsachen in Frankreich und im Auslande machten, namentlich deshalb so tief und nachhaltig, weil Zola durch seine Anklagen die weitesten Kreise auf die vorgenommenen Machenschaften hingewiesen hatte. Es ist deshalb vielleicht nicht zu viel gesagt, wenn man behauptet, dass ohne sein Eingreifen Dreyfus möglicherweise noch auf der Teufelsinsel wäre, wenn er nicht inzwischen den ausgestandenen Leidern erlegen wäre.

— Vom Balkan. In den Balkanländern geht es gegenwärtig recht lebhaft zu. Festeklänge und kriegerische Töne schwirren dunn durcheinander. Die großen bulgarischen Mandarinen, denen auch ein Glied des Zarenhauses, der Großfürst Nikolai Nikolajewitsch als Vertreter des Kaisers Nikolaus II. beiwohnte, fanden ihren Höhepunkt in der Einweihung der Schiffakirche durch den russischen Protopresbyter Schelobowksi. Der russische Charakter dieser Feierlichkeit wurde in Erinnerung an die verlustreichen und ruhmvollen Kämpfe der russischen Armee, die zur politischen Emanzipation Bulgariens führten, mit besonderem Nachdruck betont, und von Seiten Bulgariens verfügte man nichts, um der Danzbarkeit gegenüber Russland einen recht in die Augen fallenden Ausdruck zu geben. Während aber die Scheinfäuste der mandarinen Truppen auf bulgarischem Boden stattfanden, spielten sich auf macedonischem Boden sehr ernst gemeinte blutige Kämpfe zwischen den vom macedonischen Komitee in Sofia ermunterten und unterstützten bulgarischen Banden und den in Mazedonien stehenden türkischen Truppen ab. Besonders im Vilajet Monastir herrschten Zustände, die der offiziöse Telegraph als sehr ernste bezeichnet. Und die macedonischen Wirren wirkten erbitternd und erbitternd nach Serben und Albanen hinüber, sodass auch zwischen Serben und Albanen fast Tag für Tag Kämpfe stattfinden. Kurzum, es sieht auf der Balkanhälfte so aus, dass die Regierungen wollen durchweg ehrlich und überzeugt den Frieden, aber in den Reisewothen der Böller und den ungestellten Strömungen der öffentlichen Meinung liegt eine Gefahr von unberechenbarer Größe und Tragweite.

— Die Schiffakirche fanden am Mittwoch ihren Abschluss durch eine Truppenparade über 35 000 Mann auf dem Scheinwerferfelde. Fürst Ferdinand kommandierte die Parade persönlich. Der Revue, der größten, welche je in Bulgarien abgehalten wurde, wohnte Großfürst Nikolai Nikolajewitsch bei. Bei der sich anschließenden Festfeier wies der Großfürst in einem Trinkspruch auf die Gemeinschaft von Bulgaren und Russen an der friedlichen Schiffakirche hin und sprach mit besonderer Schwung die Schlussworte: „Ich hatte Gelegenheit, mich über die glänzenden Eigenschaften des bulgarischen Heeres zu überzeugen, das die Überlieferungen eines russischen Lehrers aufrecht hält. Im Namen des Zaren trinke ich auf den Ruhm der tapferen bulgarischen Armee.“

— Amerika. Vom Aufstand in Haiti berichtet die „Hamb. Börse“: Wie Privatmeldungen bestätigen, ist der haitianische Admiral Kilius mit dem „Crète à Pierrot“ untergegangen, und zwar aus eigenem Entschluss, nachdem er seine Leute ausgeschiffzt hatte. Mit dem Schiffsführer sind, wahrscheinlich in Folge der vorszeitigen Explosion, auch der Schiffsoffizier, die Koch und der Steward ertrunken. Die Mannschaft zeigte anfangs Lust, auf die Deutschen zu feuern, wurde daran aber von Kilius mit dem Revolver in der Hand verhindert. Liebrigens soll das amerikanische Kriegsschiff „Cincinnati“ trotz des Ertragens des deutschen Konsuls es abgelehnt haben, bei der Festhaltung und Durchsuchung der „Marcomania“ zu intervenieren. Der Beschluss für diese Durchsuchung ist von dem Rebellenführer Firmin selbst ausgegangen, der dabei der Ansicht Ausdruck gab, man brauche nur auf die Amerikaner, nicht so sehr auf die Deutschen Rücksicht zu nehmen. — Es ist erfreulich, dass diese Elemente so rasch eines Besseren belehrt worden sind.